

Sächsische Volkszeitung

Wagenpreis: Wenn ich jetzt Hand Übergabe $\text{B } 15.50$ A. Übergabe A (mit illustriertem Belling) $\text{B } - A$, gleichmäiglich $\text{B } 11.50$ A. vierteljährlich $\text{B } 15.25$ A beginn. $\text{B } 10.75$ A entweder Vollbeitragsb. Eingezimmeret 40-41. — **Rechnung** halbjährig erstehen an allen Hochtagen nachdem. — Speditionsstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachm.

Angelgen: Annahme von Geldmittangelgen bis 10 Uhr, von Haftantragsangelegenheiten bis 11 Uhr befreit. — Freit für die Geist- und Seele der Angeklagten 1,60 R. im Stehambett 4.—R. — Für unbedeutlich gefährliche Taten durch den Angeklagten aufgegebene Angelegenheiten wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Testes nicht übernommen.

Keine Änderung der Zahlungsmöglichkeiten

Gens, 9. November. Das "Journal" meldet: Die Revolutionskommission hat v. r. über aus Dienstag festgesetzten Abreise aus Paris Vontag früh eine Gesamtflucht abgetragen. Dem "Figaro" zufolge wurde an d. Rüderung der deutschen Beobachtungen in Goldwerken für den nächsten Abend am 16. Februar, festgehalten, und beschlossen, für diesen Termin

Paris, 9. November. In der heutigen Senatsitzung, in der die Finanzlage Frankreichs besprochen wurde, beharrte Senator Koch eindringlich die Finanzlage, und erklärte, man dürfe sich durch einen fallenden deutschen Bankrott nicht beobachten lassen. Man dürfe dem Bankrott nicht entgehen und müsse sich an den patriotischen Reichstümern Deutschlands schadlos halten. Wenn man

Dazu schloss er, hindern wolle Frankreich den Frieden zu erhalten, so müsse man alle internationalen und strategischen Eisenbahnlinien besetzen und beide Rheinflüsse neutralisieren.

Frankreich über das deutsche Walutaelend

ergriff bei der Vertratung der Finanzposition der Brüderstadt \ddot{E} ckernförde-Königsbrück-Schleswig-Holstein das Wort. Er erklärte, er spräche mehr, um die Regierung zu fragen, welche Maßnahmen sie ins Auge fasse hinsichtlich der Laxe, wie sie in Deutschland durch den mehr oder weniger gewollten Marktkurs herbeieilte wurde. Frankreich habe große Opfer gebracht. Es habe auf ein Viertel seiner Exporteuren gegen Deutschland verzichtet. Die Reparationskommission sei aus ihrer Verhältnis erwartet und nach Berlin getreten. Der Sturz der britischen Mark und der österreichischen Krone würde nur den geselligen Bankrott Deutschlands, aber nicht den wirtschaftlichen herbeiführen, weil Deutschland seine gesamte Wirtschaftsfähigkeit behalte. Durch den Sturz der Mark werde der Staatsbank in Deutschland gravierend in Misereibentheit exponiert und diejenige die Laxenz, sich aus Verzweiflung der ehemaligen Künste zur Rettung anstreben.

In Deutschland wäre es nur einen Teil der Bevölkerung, die Schulden Deutschlands belasten können. Über die Allgemeinheit unterzubringen alles, was sie könnten, um die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands unmöglich zu machen. Was will die Regierung unternehmen, wenn Deutschland verlangt die Anwendung des Artikels 23 des Friedensvertrages verlangt? Der Sturz der Mark sei nicht ohne Reparationen zurückzuführen. Frankreich habe damit nichts zu tun. Im Gegenteil, es habe vorzuschlagen. Deutschland entgegenzutreten. Aber andere Alte hätten verlangt, daß dieses Entgegenkommen dazu diene, daß die Summe bezahlt würde, die man ihrer Schulde. Von diesem Taxe an sei die Mark gefallen. Frankreich habe sich nur nichts setzen, um den Sturz der Mark verhindern zu können, im Gegenteil, durch das Abkommen von Wiesbaden viel zur Errichtung der seldlichen Last Deutschlands beigetragen. Die heutige Ursache des Marksturzes sei die Verordnung der deutschen Finanzen. Die Zahl der Beamten sei beträchtlich erhöht, namentlich um ehemalige Offiziere unterzubringen. Wenn das deutsche Budget ein Defizit aufweise, so sei es nicht deshalb, weil man keine Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus im großen Stile betrieben habe. Die deutschen Steuern beruhten noch auf dem Einkommen von 1918. Man dürfe sich also nicht wundern, daß sie nicht ausreichen. Die indirekten Steuern seien zu gering im Vergleich zu Frankreich, namentlich was Getränke, Zuckerrüben und Kaffee anlangt. Die Poststelle sprach auch von der Inflation und erklärte, der Franzose zahle dreimal oder viermal mehr Steuern als der Deutsche. Wenn der Deutsche 1000 Mark zahle, zahle der Franzose 520 Franken, das sei zehnmal mehr. Angesichts dieser Voraussetzung müsse die Garantiekommision funktionieren, um die vom rohen Steuerentnahmen und des gesamten Devisenhandels in Deutschland sicherzustellen. Für den nächsten Versammlungstag müsse Deutschland im Auslande die Kredite erlangen, die es nötig habe. Ein Land wie Amerika schwimmen im Golde, läßt aber unter Arbeitslosigkeit. Die Alliierten hätten direkt nach dem Kriege eine Politik der Finanzpol derartig betreiben müssen. Entweder Deutschland oder Frankreich zahle, einen Mittelweg gäbe es nicht. Wie verlauken von der Regierung zu wissen, schloß die Poststelle, wie sie die Zahlungen sicherzustellen gedenkt.

Englische Stimmen zum Marktfürze

London, 9. November. Die Blätter besaßen sich in Telegrammen aus Berlin und Aix-la-Chapelle mit dem Sturze der Mark. Die "Times" schreibt in ihrem Finanzteil: Es besteht kein Zweifel daran, daß Deutschlands Finanzlage hoffnungslos aus der Kontrolle geraten ist. In einem Beitrag sagt das Blatt, daß die Wiedergutmachungen schuld am Zusammenbruch der Mark seien. Wenn sie auch dazu beitragen, so seien sie aber doch nicht der einzige Grund, was durch die Tatsache bewiesen werde, daß ganz abgesehen von den Wiedergutmachungen, das deutsche Bußgeld ein Defizit aufweise. Für den Augenblick sei es die Aufgabe der Alliierten, darauf zu bestehen, daß Deutschland die Räumungsabrechnung bezahle, und anzusehen, daß Deutschland die notwendigen Schritte, um die ausländischen Werte zu erhalten, die für die Räumung erforderlich seien. — "Westminster Gazette" tritt in einem Beitrag für die Streichung der Wiedergutmachungen ein. Es sei dringend notwendig, daß die öffentliche Meinung sich eine Weltung verschaffe und gegen den Bankrott Veto erhebe. Großbritannien habe nicht zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn es auf Deutschlands Wiedergutmachung verzichte.

Ausschub der Januarzahlungen?

Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung".
Märzland, 10. November. Secels meldet aus London, die britischen Finanzheeren befloket, daß die Alliierten Deutschland einen Rückzug der Kammargazlungen gewilligen würden, um sein Leben und die allgemeine Vorta nicht weiter zu verschlechtern. Dies werde jedoch nicht einen ganzen Verzug auf die Wiederanstellung bedeuten. Wenn Deutschland Vankroit machen will, werden es die Alliierten nicht daran hindern. Sie würde vielmehr Blände für ihr Gut haben zu erlangen suchen. In diesem Intervallenbau wird auf den wertvollen Besitz Deutschlands an Eisenbahnen und Kohlenbergwerken gewiesen, deren Ausbeutung durch die Alliierten vorgenommen werden könnte.

Der französisch-englische Konflikt

London. 9. November. Die englische Belegung betont die durch den französischen Friedensschluß mit Angora geschaffene Lage als sehr ernst. „Daily Chronicle“ äußert sich auf Grund von Informationen entsprechend und warnt Frankreich. Das Blatt schreibt von neuen großen Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen England und Frankreich. Der Artikel erklärt ausdrücklich ein Weiterbestehen der Allianz für unmöglich. Indem er sagt, zwei Mächte wie England und Frankreich könnten nicht weiter Alliierte bleiben, wenn sie in einem wichtigen Teile der Welt ohne Rücksicht auf den anderen und sogar gegeneinander vorgehen. Entweder wie sind Alliierte oder wie sind es nicht? Die Forderungen des Vertrages von Angora zeigen, daß wir es nicht sind.

Paris, 9. November. Der einzige Vorwurf ist *paris* verfälscht durch die Havas-Agentur das vom „Matin“ veröffentlichte englisch-französische Abkommen vom 2. September ist in allen Stücken erfunden. Derjenige Text sei übrigens am 11. Februar 1920 in einer anderen Pariser Zeitung erschienen und schon bei dieser Gelegenheit als falsch bezeichnet worden.

Englisches Misstrauen gegen das Wiesbadener Abkommen

Das Recht auf Revolution

• Herr Fleißner in höchst eigener Person hat am Dienstag nachmittag im jährlichen Bandtag das Recht auf Revolution verkündet. Wir standen am Vorabend der Wiederkehr des Revolutionstages, der ein Trauertag für das deutsche Volk ist, sein und bleiben muß. Wir sind die Letzten, die erkennen, daß von den vorrevolutionären Regierungen vor und während des Krieges außerordentlich große Fehler begangen worden sind. Wir sind die Letzten, die nicht immer davon überzeugt gewesen wären, daß das napoleonische Verlangen der Oberschicht Herrschaft, den Waffenstillstand überreist herbeizuführen, ein außerordentlich großer Fehler war, und wir haben niemals verkannt, daß überhaupt der plötzliche Sturz von der Höhe der Siegeshoffnungen auf das Niveau der Niederlage physikalisch unglückliche Wirkungen auslösen mußte. Aber ein Recht auf Revolution hatte trotzdem niemand. Die notwendigen Verbreiterungen der politischen Basis wären auch ohne Revolution gekommen und hätten sich wahrscheinlich für alle Volkskreise viel wirkungsvoller gestaltet, als dies dann in Wirklichkeit der Fall war. Der 9. November aber hat uns die völlige Auflösung des Hauses gebracht und hat dem Feinde gezeigt, daß unser Zusammenbruch ein viel größerer war, als er ohnedem schon angenommen hatte. Die Revolution hat unser Ende erst vollendet. Ein Recht auf Revolution, d. h. also ein Recht auf Gewalt hat niemand, die Gewalt muß vielmehr mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden, gleichwohl von wem sie kommt. Am allerwenigsten aber hatte man am 9. November 1918 ein Recht auf diese Revolution. Zu dem widersprach sie schon auf Grund der Lage der Dinge allen Vernunftgründen.

Herr Fleischner, gegenwärtig immer noch Kultusminister in Sachsen, hatte am Dienstag einen schlechten Tag. Die Staatsregierung sollte sich dazu entscheiden, ob der Kultusminister in einer politischen Versammlung zur Anwendung von Gewalt aufgeloest habe oder nicht. Es wurde außerordentlich viel geredet, nun auf das, woran es eigentlich anlief, ging man vom Regierungstheile aus recht wenig ein. Was wir zu Herrn Fleischner und seiner Tätigkeit als Staatsminister zu sagen haben, ist hier schon mehrere Male zum Ausdruck gebracht worden, und es wird sich auch im Bande noch Gelegenheit bieten, sich näher mit Herrn Fleischner zu beschäftigen, falls er wirklich noch für längere Zeit an der Spitze des sächsischen Kultusministeriums stehen sollte. Herr Fleischner hat sich darauf berufen, daß er in den betreffenden Versammlungen als Parteimann gesprochen habe. Zu den Versammlungen gehörte Partei zu sprechen, das ist kein wie jeden anderen Ministerrecht. Aber auch in einer politischen Versammlung darf u. G. ein aktiver Staatsminister, ganz gleich, welche Partei er angehört, niemals vergessen, daß er an verantwortlicher Stellung in der Regierung steht. Das Bezeichnende ist aber, daß Herr Fleischner selbst gestern von der Ministerbank aus das Recht auf die Revolution verkündet hat.

Es ist erfreulich, daß sämtliche nichtsozialistische Abgeordneten angesichts dieser und ähnlicher Vorgänge ein Misstrauensvotum im Landtage gegen die unabhängigen Staatsminister eingebracht haben. Auch an dieser Stelle muß aber dem Redauern darüber Ausdruck gegeben werden, daß eine Menge nichtsozialistischer Abgeordneter es nicht für notwendig gefunden haben, am Dienstag abend bei der Beratung über den Antrag, den 1. Mai Mai und den 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären, auszuhalten. Haben diese Herren, die da vorzeitig den Landtag verlassen haben, die Materie etwa nicht für töricht genug erachtet? Man weiß wirklich nicht, was man zu solchen Vorgängen auf nichtsozialistischer Seite sagen soll. Gewiß ist auch in Thüringen gewissermaßen in letzter Stunde im Landtage ein solcher sozialistischer Antrag durchgetreten. Dort haben aber auch die nichtsozialistischen Vertreter bis um Mitternacht ausgehalten und könnten sich wenigstens sagen, daß sie alles getan hatten, um den Antrag zu Fall zu bringen. Was die Materie selbst anlangt, so halten wir es für unabdingt notwendig, daß eine reichsweite gesetzliche Regelung in dieser Frage erfolgt. Es ist nicht ohne Interesse, die „Festartikel“ zu lesen, die in der sozialistischen Presse zum 9. November erschienen sind. Während der Zentralrat der mehrheitssocialdemokratischen Partei in Deutschland, der „Borwürlz“ in Berlin, von dem „Geburtstag der Republik“ spricht und den Hauptton auf die Notwendigkeit der Erhaltung von Demokratie und Republik legt, läßt auch die mehrheitssocialistische Presse in Sachsen „Werthe der Revolution“. Der Weiß der Regierungsoberhaupt in Sachsen, die aus die neuen Kommunen sich macht, spricht auch aus den Freiherrn diesen

Was soll man dazu sagen, wenn das mehrheitlich sozialdemokratische Blatt in Dresden, die „Dresdner Volkszeitung“ (Nr. 261) erklärt, es sei „die Zeit gekommen, da die Völker doch bezahlen, da sie sich die Hände reichen, da sie eine neue Welt auf den Boden der Freiheit und Brüderlichkeit bringen müssen, wenn die sogenannte Kulturmenschheit nicht in die Mörte der Barbarei zurückfallen will“. Wo sind denn die Sozialisten der anderen Länder gewesen, als der Krieg ausbrach, wo haben sie dem deutschen Volke die Hände gereicht, als der Massensterben durch sozialistischen medizinischen misere?

